

Arbeiterkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einfach: Werkausgabe Preis 1000 Mk. — 31. Aug. 385 000 Mk. durch die Post 385 000 Mk. ohne Inhalt-Gehalt. Druck u. Verlag: Rudolf-Cemmling, f. d. Halle-Merseburger-Ges. Halle, Verlagsstr. 14. Fernr. 1005, 1047, 2555. Schriftleitung: Schreyöhl 12-1 u. 5-0 Uhr.

Der Verkaufspreis beträgt 28000 Mk. für den Abnehmer Höhe u. Spalte, 150000 Mk. für Postleute, anfallend an den dreifachen Teilzahlungen. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postfach 1008 48, Fritz Kreis, Halle.

Einzelpreis 30000 Mk.

Montag, den 20. August 1923

3. Jahrgang Nr. 193

Produktionslabotage des Unternehmertums

Die neueste Angriffsmethode des Kapitals

Auch die Berliner Druckereibesitzer kündigen (Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 19. August.

Nach dem Beispiel der mittelständischen und der höchsten Buchdruckereibesitzer hat auch die Volkseigenen der Unternehmern im Berliner Buchdruckgewerbe beschlossen, Massenkündigungen vorzunehmen, weil es unmöglich ist, die notwendigen Mittel für die neuen Werke aufzubringen und zu den unzureichenden Preisen neue Aufträge zu erhalten. Aus diesem Grunde sind schon jetzt Arbeitszeitverkürzungen angelegt worden. Wo die Arbeitszeitverkürzungen nicht den nötigen Ausgleich geben, soll die Schließung der Betriebe, den geistlichen Vorarbeiten entsprechend, vorbereitet werden.

Teilweise Schließung der Phönixwerke (Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 19. August.

Der Berliner „Phönix-Courier“ berichtet aus Düsseldorf: Die Phönix M.G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Abteilung Düsseldorf, hat die Schließung der Werke beschlossen, weil wegen der anhaltenden passiven Bilanz ihre Werke geschlossen und ihre sämtlichen Arbeiter ohne Kündigungsentlassung entlassen.

Schließung der Berliner Straßenbahn (Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 20. August.

Die Verkehrsverwaltung hat am Samstag in Berlin den Magistrat vorgeschlagen, den Straßenbahnbetrieb nach Ablauf einer zehntägigen Kündigungsfrist für die Angestellten und Arbeiter in Berlin gänzlich einzustellen. Bis heute, Montag, beträgt der Preis für eine Straßenbahnfahrt 100 000 Mark.

Massenausweisung von Erwerbslosen aus dem Ruhrgebiet (Eigene Drahtmeldung)

Genf, 20. August.

Wie die Berliner Blätter und dem Ruhrgebiet werden, haben die Besatzungsmächte infolge der letzten Welle von Entlassungen im besetzten Gebiet eine Welle von 20 000 Ausweisungen von Erwerbslosen des besetzten Gebietes bei der internationalen Rheinlandschaftskommission eingereicht.

Kein Proletariat möge sich täuschen. Mit den Arbeitszeitverkürzungen, Massenentlassungen und Betriebsstichtungen beginnt ein mit äußerster Brutalität geführter Gegenangriff des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse. Der Hunger soll die Massen mürbe machen, die sollen durch ihre machtvolle, in einheitlicher Front geführte Aktion dem Kapital Angst und Schrecken eingebracht haben. Im Mitteldeutschland und Südosten gehen die Buchdruckereibesitzer mit dem Diktator der Betriebe voran. Die mittelständischen Bauerngattungen gehen im Gegenzug daran, daß sie unter dem Druck der Massenbewegung einen Stundenlohn von 500 000 Mark festsetzen müssen, dazu über, die Betriebe im weitesten Umfang einzureißen und Arbeiter auf die Straße zu werfen. Diese Zentrale greifen rapid an sich. Es ist ein vom Großkapital gelenkter schwerer Artilleriebeschuss auf die Arbeiterklasse, zugleich mit dem Zweck der Lohn- und Steuerlabotage.

Die Regierung Stresemann ist hart, parlamentarisch hart. Sie kann verdienen. Nach links! Von dieser Stärke ist jeder Kapitalist überzeugt. Kann sie aber loskann? Noch nicht eine Woche ist diese „harte Regierung“ im Amt, und nun beginnt ihre Wüterei. Das Kapital macht aus allen Kräften noch zum Angriff gegen die mit untauglichen Mitteln und halben Willen unternommenen Versuche, es etwas mehr Steuern und Löhne, die zum Leben reichen, zahlen zu lassen. Das Kapital antwortet mit den bewährten alten Waffen und mit einer neuen, noch brutaleren Waffe, der Produktionslabotage.

Die alten Waffen. Die Marx wird weiter gefeuert. Der neue Druck auf die Marx kommt, wie jedermann schon weiß, ganz besonders hart vom Rheinland und Ruhr, von der Schwerindustrie. Die Preise steigen weit rascher im Tempo als der Dollar. Die neuen Steuern werden bereits auf die Verbraucher abgewälzt, ebenso gegen die Arbeiter. (Wenn man sie nachher nicht bezahlt, ist der Gewinn doppelt.)

Das Neue, das laugen die schwere Artillerie, ist aber die einseitige Produktionslabotage. Die Unternehmer machen einfach die Löhne doppelt.

„Mensch Unternehmer, so entführt der Herr Felix Winter im „Berliner Tageblatt“, überlegt es sich wohl heute schon, ob es für ihn nicht „rentabler“ ist, seinen Betrieb stillzulegen und mit seinen Waren und Devotionalien die Betriebe der harten Steinbrüche zu überlassen. Ganz der harten Steinbrüche der Betriebsbesitzer, die des Besizers die Konzentration der Betriebsbesitzer, die Besatzung in doppelter Höhe der von den Unternehmern entrichteten Lohnsätze gezahlt werden muß, legt derartige Verordnungen nahe, denn je geringer die Zahl der im Betriebe Beschäftigten ist, um so mehr nimmt auch der Umfang der zu zahlenden Betriebskosten ab.“

Das in Mitteldeutschland die Buchdruckereibesitzer und Bauerngattungen, im Rheinland der „Phönix“ taten, ist nur ein kleiner Anfang des schweren Artilleriebeschusses. Die Großkapitalisten werden

folgen. Die Massenentlassung ist neben der Steuerlabotage die größte Waffe der Profitgötter. Das deutsche Kapital ist also da angelangt, wo das russische im Herbst 1917, als auch maßgebend die Fabriken zugemacht wurden, um die Arbeiterkraft in die Unterwerfung zu zwingen. Hand in Hand damit ging die Vorbereitung des Kornlohn-Kaufes. Und in Deutschland, 1923, gehen Hand in Hand damit die heftigsten Vorbereitungen der Konterrevolution, mit Lubenoff an der Spitze, geübt und gefördert von allen bürgerlichen Parteien. Gleichgültig die neue Klotzade gegen die Arbeiterklasse.

Die Herren Hilferding, Robert Schmidt, Collmann, Radbruch, Genetung usw., die den Betriebsbesitzer, proletarischen Hundstößen, Kontrollausschüssen im Namen des Kapitals den Betriebssteiger angelegt haben, rechnen also wohl mit Hilfe der „staatslichen Machtmittel“, als da sind bürgerliche Justiz und Verwaltung, Schupo und Reichswehr, das Kapital zum Zahlen zu zwingen, die Betriebe wieder zu öffnen. Da das Geleg zum Späße der Republik ist eine Anweisung der Talente sozialdemokratischer und anderer Minister zu verdienen scheint, so verzichtet man auf die Charakteristik dieser Politik. Die vom Kapital aus von Betrieben geigneten Arbeiter, auch die sozialdemokratischen und parteilosen, werden die zirkuläre Beschäftigung selber finden. Und falls die Herren Hilferding, Genetung u. Co. nicht mit Hilfe der bürgerlichen „staatslichen Machtmittel“ ihnen die Fabriktore wieder öffnen, was nicht sehr wahrscheinlich ist, werden sie sich am Ende wohl selber helfen müssen.

Wir halten es für sehr wahrscheinlich, daß die Arbeiter die Aufgabe, den kapitalistischen Terror zu brechen, für dringlicher halten, als den „kommunistischen Terror“ zu bezwingen, der nach dem übereinstimmenden Urteil des „Vollständigen“ und der Gewerkschaftsführer schon am letzten Massenstreik ist.

Wie werden die Arbeiter diesen Unternehmerrterror brechen? Vermutlich auf dieselbe Art wie die russischen Arbeiter im Herbst 1917. Die russischen Arbeiter griffen nämlich zur Kontrolle der Produktion der Betriebe möglich ist, ob genügend, die Produktion um. Da sind, und letzten eben nach dem Bericht. Als einfache, ganz ungebildete Leute, die wahrscheinlich nicht einmal das „Finanzkapital“ von Rudolf Hilferding gelehen haben, taten sie einfach das, was nötig war, damit sie nicht verhungerten.

Die deutschen Arbeiter, die Hilferding's „Finanzkapital“ gelehen haben, werden ebenso handeln wie die russischen, auch dann, wenn ihnen Hilferding und Robert Schmidt nachweisen werden, daß die Produktionslabotage der Kapitalisten juristisch und finanzpolitisch in bester Ordnung steht.

Die heillosen Arbeiter werden nicht nur den Fabriktoren verhungern, ohne den Versuch gemacht zu haben, die von Hilferding und Robert Schmidt in Gemeinschaft mit Stresemann vertretene „Ordnung“ zu sprengen.

Nur Narren vermögen daran zu zweifeln.

Die „Anfangserfolge“ Hilferdings

Die Preise steigen unentwegt (Eig. Drahtm.) Berlin, 20. August.

Während in der Woche vom 11. bis 17. August der Dollar um 17,8 Prozent fiel, liegen die Großhandelspreise nach den Berechnungen der Zeitungs- und Handelszeitung um 32,9 Prozent. Nach dieser Berechnung stehen die Großhandelspreise weit über dem Friedenspreisniveau. Fleisch stieg nach den gleichen Berechnungen um 97 Prozent, Getreide um 30 Prozent. Am Rheinhandel steigen die Waren weiter von Tag zu Tag. Ein Bund Fleisch kostet mindestens 5 Millionen Mark, ein Bund Zucker mindestens 1 200 000 Mark. Am heutigen Montag kostet in Berlin ein Liter Weizen 120 000 Mark, ein marktfreies Brot 260 000 Mark, ein Rindfleisch 200 000 Mark, ein Kilo Butter 100 000 Mark. Die Kohlenpreise sind heute um 68 Prozent erhöht.

Der Indes für die Regierung Hilferding-Stresemann (Eig. Drahtm.) Berlin, 20. August.

Das englische Pfund liegt jetzt auf ungefähre 15 Millionen Papiermark. Die englische Pfunde zum 1. September werden gegenwärtig gegen 30 Millionen Papiermark, zum 26. September 60 Millionen Papiermark.

Die Ernährungsminister „tagen“ (Eig. Drahtm.) Berlin, 20. August.

Im Reichsarbeitsministerium für Ernährung und Landwirtschaft trafen die Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der Länder zu einer Konferenz zusammen, um über die Lebensmittelversorgung Maßnahmen zu treffen. Es wurde viel von den Schwierigkeiten erzählt. Wie Abhilfe geschaffen werden soll, wurde nicht gesagt. Die Warenbrotpreiserhöhung soll bis zum 15. Oktober verlängert werden.

Zwanzig Kontrollausschüsse in Hannover (Eigene Drahtmeldung)

Hannover, 19. August.

Im Bezirk Hannover sind bis jetzt 20 Kontrollausschüsse für Lebensmittel und Waren hergestellt aufgenommen haben. Zum Teil sind die Kontrollausschüsse bereits tätig. Sie nehmen Befragungen nach Lebensmitteln, teilweise mit den Bauern gemeinsam, vor und reduzieren die Preise.

Stresemann, der Kanzler zwischen zwei Stühlen

Die Innenpolitik des Stresemann-Hilferding'schen Kabinetts ist nach wenigen Tagen und nach wenigen Brechen jedermann vollständig klar: brutale Unterdrückung der Arbeiterkraft, abgewendet mit sentimentalen Winken der sozialdemokratischen Stimmenstills und lächerlichen Gellen gegen rechts. Die Außenpolitik ist nach nicht jedermanns Sache geworden. Es wird deshalb zu sein, festzustellen, was die beiden ausschlaggebenden Orientierungspunkte, England und Frankreich, von Stresemann erwarten. Wir formulieren mit aller Abtötung, denn mit werden bemerken, daß Stresemann, der Kanzler des Deutschen Reichs, nichts anderes sein wird als ein Anhängler der Außenministerien und Erbkontoren in England und Frankreich. Nur daß der gute Mann heute noch nicht weiß, wo er sich stärker anhängen soll, an England oder an Frankreich.

Die führenden Mächte ebenso wie die Staatsbankrottens Englands und Frankreichs haben in den letzten Wochen eine heftige Forderung ausgesprochen, die sich um die Kapitalpolitik Frankreichs dreht. Die äußere Form dieser Forderung war, daß die französischen Imperialisten zu beweisen suchen, die Politik Frankreichs ist nicht nur durch den Verfall der Vertrag gerechtfertigt, sondern auch durch die Praxis der Alliierten zu der Zeit, wo Lloyd George noch zu jeder französischen Maßnahme Ja und Amen sagte. Der „Times“ hat in juristischer Rubrik ein Meister ist und glänzend ausgearbeitet, zitiert das Protokoll von Spa vom 16. Juli 1920, unterzeichnet von Lloyd George und Millerand, ebenso wie das Abkommen vom 5. Mai 1921 und eine Rede Lloyd Georges, die er am demselben Tage im Unterhaus hielt — und in all diesen Dokumenten wird mit der Ruhrfrage gedroht. Der „Times“, beschränkt wie er seinen englischen „Freunden“ gegenüber ist, macht dazu die fatale Anmerkung, daß es sich jetzt um Zahlungen handelt und nicht die Summen auf. Der „Manchester Guardian“, der seinen „liberalen“ Tendenzen, bebauert, daß in diese Unterparagrafen die Geldfrage hineinspielt und konstatiert melancholisch, daß, wenn einer seinem Freunde Geld borgt, er Geld und Freundschaft los wird. Der „Times“ wiederum springt mitten in die Materie und stellt fest:

„Die schwierige Situation, in die das Deutsche Reich geraten ist, kommt in letzter Linie daher, daß die englische Diplomatie sich an die Seite Deutschlands gegen Frankreich gestellt hat.“

Der „Times“ hat recht: Der englische Botschafter d'Almon hat Cuno, den politisch unschuldigen Kaufmann, genarrt, um durch den deutschen passiven Widerstand die französische Position zu schwächen. England hat der deutschen Diplomatie und jenen Diktoren, die sich sozialdemokratischen Wahnpolitiker schämen, Hoffnungen auf eine englische Hilfe gemacht und jene Diktoren nehmen jede englische Note zum Anlaß, um ein Trübsinnigkeitsgespräch anzustellen über die Hilfe, die der neue Diktator „John Bull“ bringen wird. Die englischen Diplomaten reden den Dänen von Sozialdemokraten ein, ihr Hauptbetriebe müsse sein, in den Vorkriegs und sich hineinsetzen zu lassen. Die „Times“, das Schamadelphat, lobt die deutsche Sozialdemokratie, die „gewöhnlich gemäßigter ist als unsere eigene Arbeiterpartei“ und die durch die Luthen innerhalb der deutschen Arbeiterkraft in die Regierung getrieben worden ist, um die Einheit der Kommunisten zu brechen. Diese Sozialdemokratie nun, die der Bourgeoisie am liebsten der englischen (aber auch bei der französischen, wie sie es tut), aus der Hand führt, agitiert für den Vorkriegs, von dem der „Times“, der es wissen muß, sehr richtig schreibt, daß die englischen Imperialisten jetzt an Stelle der besetzenden Reparationskommission und der besetzenden Beträge nur deshalb die sogenannten internationalen Schiedsgerichte wollen, damit dort der englische Einfluß verankert wird. Und er legt hinzu:

„Das ist eine Kampfpolitik wie die, deren unglückliches Instrument im Deut die griechische Arme war. Aber Europa kann nicht florieren, außer bei einer Politik des Einmühen, der Kooperation. Diese Kooperation zu organisieren, haben die anderen Frankreich überlassen.“

Und Frankreich beginnt, die Kooperation zu organisieren. Stresemann's Rede im Reichstag, dieses nichtsagende Gekramel, vorgebracht mit dem charakteristischen Schmunzeln eines gewissen Geschäftspolitikers, wird vom „Times“ in einem Leitartikel, mit voller Abtötung, so aufgenommen, als ob es sich von den Stotterversuchen Cunos dem Inbilde nach irgendwem unterdrückte:

„Man sieht schon jetzt, daß Herr Stresemann sich keinen Anstand macht, nach den zu einem Verständnis mit Frankreich, wenn es zu einem Kampfe bis aufs Messer mit der Unterstützung Englands.“

Und das Blatt fügt hinzu, daß es völlig unparitätisch die Rede prüfen wolle, denn wenn es auch nicht die Aufgabe einer französischen Zeitung sei, zugunsten des deutschen Kanzlers zu argumentieren, so müsse man doch die Schwierigkeiten seiner Situation verstehen. Im alten Rom pflegten die Auktionen das waren jene Gattoren, welche das Volk mit religiösen Zeremonien betrogen zu werden, wenn sie sich begangen. Stresemann's Sprech und der Inhalt des „Times“ sind zwei geronnene Anwürfe eines hochangesehenen Kritikers. Es handelt sich um die Große Koalition, nur daß Herr Stresemann glaubt, besonders ist zu sein, wenn er sich jene beiden Ausgänge offenbart. Er wird sich dabei zwischen zwei Stühlen setzen. Und der „Times“, der schlauer ist, als Strese-

